

alger Jahren kennen und die Art, wie der Student das Leben anpackt. Einen breiten Abschnitt nimmt der Krieg von 1870/71 ein, an dem Bülow als Bonner Königshofkaplan teilnahm. Und dann geht es in wilder Jagd mit dem Regimentssekretär, Postfachrat und Gesandten v. Bülow kreuz und quer durch Europa. Das farbige Gewühl der oberen Gesellschaftsschichten in den großen Hauptstädten wirbelt vorbei: in Paris, wo sich eben die junge Republik einrichtet und in ihren Anfängen schon nach der Revanche schreit; in Petersburg, wo die Intrigen am Zarenhofe den Hintergrund bilden; in Wien Kaiser Franz Josephs, in Rom, am Quirinal und am Vatikan, in Athen und Bukarest, wo sich schon der orientalische Einschlag geltend macht. Alle Kulturen des Erdballs geben sich in diesem Wuchse ein Stückchen. Dazwischen hinein werden Charakterköpfe gesetzt: Disraeli, Salisbury, Gortschakoff, Gambaletta, Minghetti,

Und vor allem Bismarck. An seinem Beherrschender Bülow Bülow mit helter Fleder; ihn vertreibt er bis über den Sturm und die kaiserliche Wägen hinaus. Dieser Zug wirkt sympathisch und verleiht mit diesem, was vor abgelehnt hat. Lieber „Volan“ — wie Bismarck damals im Auswärtigen Amt genannt wurde — werden alle die dahingegangenen Gezeiten des kaiserlichen Deutschlands lebendig; der große Kaiser Wilhelm I. in schlichter Bescheidenheit, das unglückliche Kaiserpaar der 90 Tage, die tonangebenden Militärs und Politiker, die gesellschaftlichen Korporanden der damaligen Berliner Salons. Die ganze europäische Geschichte seit 1870 zieht in Streiflichtern an uns vorbei. Nicht nur interessant von Anfang bis zum Ende, sondern auch lehrreich für den, der mit wachem kritischem Auge in der verführerischen Darstellungskunst Bülows die Spuren vom Weizen zu sondern versteht.

Die deutschen Minister in Prag und Benesch

Aufforderung zum Farbebekennen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung
 Berlin, 2. Mai. In Verfolg der internationalen Diskussion über die deutsch-österreichische Zollunion war es aufgefallen, daß die sudetendeutschen Minister im Prager Kabinett und ihre Parteien zu der Frage der Zollunion nicht so klar Stellung genommen haben wie die übrigen Gruppen des Sudetendeutstums, so daß es dem tschechischen Außenminister Benesch und der gesamten Prager offiziellen Politik gelingen konnte, den Anschein zu erwecken, als ob die Beteiligung dieser Parteien an der tschechoslowakischen Regierung für die tschechisch-französischen Interessen ausgenutzt werden könne. Benesch scheint sich unter der Hand immer wieder darauf zu berufen,

daß ja doch in seinem Kabinett zwei deutsche Minister sassen, und daß diese deutschen Minister keine Haltung zeigten, so daß das Sudetendeutstum in seiner Aufstimmung über die Zollunion gespalten sei.

So hat Benesch in seiner großen Rede vor dem Parlament, die er im Sinne Briands gegen den Zollunionsplan hielt und in der er gegen die Zollunion das schwerste Gewicht aufbrachte, ausdrücklich hervorgehoben, daß er die Meinung des gesamten Kabinetts wiederzugeben, und hierauf war von einer reichsdeutschen Seite die Frage an ihn gerichtet worden, wie sich denn die beiden deutschen Minister zu dieser Behauptung stellten. Die Parlamentsdebatte hat indessen darüber keine rechtliche Klarheit gebracht. Zwar hat der Vertreter der deutschen Sozialdemokratie im Auswärtigen Ausschuss den „politischen Teil“ der Rede des Außenministers abgelehnt, und der Vertreter des Bundes der Landwirte hat der „Drohung“ Ausdruck verliehen, daß die „offizielle“ Außenpolitik nicht das freundschaftliche Verhältnis zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland trüben möge. Wie skeptisch man diesen etwas gewundenen Erklärungen sogar in amtlichen deutschen Kreisen gegenübersteht, geht aus der Feststellung, die heute das Zentrumblatt „Germania“ veröffentlicht, hervor, in der es heißt,

man würde es in Deutschland und Oesterreich lieber sehen, wenn an Stelle solcher Erklärungen klare und eindeutige Feststellungen der deutschen Minister ergäben, in denen sie sich mit Entschiedenheit von den Tendenzen des Außenministers distanzieren hätten.

„Die Minister“, so fährt das Blatt fort, „werden ebensoviele wie das gesamte Sudetendeutstum wissen, daß eine Selbstkollierung der Tschechoslowakei nur nachteilig sein kann, nachdem einmal der deutsch-österreichische Schritt erfolgt ist. Wir halten es anders als für ausgeschlossen, daß sie ihrerseits Briand und Benesch bei einer Zerklüftung der Zollunionspläne Helferdienste leisten wollen. Wenn sie die gegenwärtige Prager Koalition in erster Linie in einer politischen Aufstimmung zugewandt. Das hindert aber nicht, daß außenpolitische Fragen sie vor eine klare Entscheidung für oder wider stellen könnten, und wir haben allen Grund, daran zu zweifeln, daß die bisherigen innenpolitischen Erfahrungen der Regierungsbeteiligung so günstig sind, um dafür eine schwerwiegende außenpolitische Belastung in Kauf nehmen.“

Die anfrichtige Sympathie Reichsdeutschlands für das Sudetendeutstum wurzelt in dem Glauben an die Schicksalsverbundenheit, und es wäre einfach untragbar, wenn Dr. Benesch in dem Sudetendeutstume Parteien gegen ein Zollprojekt ausspielen könnte, das den Deutschen im Reich und in Oesterreich so sehr am Herzen liegt.“

Wenn selbst ein so gemäßigtes und in der Frage der Beteiligung sudetendeutscher Parteien an der tschechoslowakischen Regierung bisher so zurückhaltendes Blatt wie die „Germania“ jetzt insbesondere an die Adresse des Bundes der Deutschen Landwirte in der Tschechoslowakei eine solche Mahnung zu richten gewagt hat, dürfte dies als bezeichnendes Symptom dafür gewertet werden, in welche unglückselige Lage sich diese deutschen Parteien durch ihren Beitritt zum Prager Kabinett hineinmanövriert haben. Die Gefahr dieser Zusammenarbeit mit dem Todfeind des sudetendeutschen Volkes, den Tschechen, ist ja durch andere sudetendeutsche, insbesondere die Deutsche Nationalpartei und die sudetendeutschen Nationalsozialisten, immer wieder unterstrichen worden. Hoffentlich finden sich diese jenseitigen sudetendeutschen Gruppen, die in der Zollunionsfrage bisher eine um mindestens zweifelhafte Stellung eingenommen haben, auf die Mahnung aus Berlin hin bereit, endlich Farbe zu bekennen und sofort durch eindeutige öffentliche Erklärungen an die Seite aller Volkstumsgruppen in Mitteleuropa zu treten, die in scharfem Abwehrkampf gegen die tschechisch-französischen Zerklüftungsabsichten gegen die Zollunion stehen.

Moldenhauer über die Wege der Revision

Berlin, 2. Mai. Das Wochenblatt der Deutschen Volkspartei „Erneuerung“ veröffentlicht in seiner Ausgabe vom 2. Mai einen Artikel „Wege der Revision“ von Reichsminister a. D. Professor Dr. Moldenhauer. Bei einer Prüfung der Revisionsmöglichkeiten kommt Professor Dr. Moldenhauer zu dem Schluß, daß von der Möglichkeit eines Transferrückschubs, den Deutschland jederzeit für zwei Jahre verlangen kann, nur in der zwingendsten Not Gebrauch zu machen sei.

Praktischer erscheine es dagegen, den Weg der politischen Revision zu gehen.

Der Youngplan sei nicht nur das Ergebnis wirtschaftlicher Verhandlungen, sondern ebenso ein aus politischen Erwägungen geschaffener Vertrag. Daher unterliege er auch den Angriffen, die man gegen jeden politischen Vertrag richten könne. Drei wichtige Gründe habe Deutschland für solche Angriffe gegen den Youngplan: einmal die Gründe, die auch gegen die Bestimmungen über die Reparationsfrage im Friedensvertrag von Versailles sprächen, zweitens die Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse seit Annahme des Youngplans.

Der wichtigste Grund aber, der für die Revision spräche, sei der, daß Deutschlands Vertragspartner sich den ihnen auferlegten Pflichten entziehen hätten.

Der Youngplan verlange ausdrücklich zu seinem Gelingen das Zusammenwirken aller Beteiligten. Daran habe es aber gefehlt. Deutschland könne die Annuitäten auf die Dauer nur durch Exportüberschüsse bezahlen, aber die anderen Länder hätten Deutschland den Export eher erschwerer als erleichtert. Solange ein Ausfuhrüberseh nicht vorhanden sei, sei Deutschland auf ausländisches Verkapital angewiesen, aber auch hier habe die französische Finanzpolitik Deutschland jede Hilfe verweigert. Genau so wie in der Reparationsfrage müsse Deutschland auch in der Reparationsfrage scheitern, daß Deutschland seine Vertragspflicht erfüllt habe, nicht aber die anderen.

Eine Erklärung, daß die kritische Wirtschaftslage Deutschland anwände, die Zahlungen einzustellen, wäre noch kreditfähigender als ein Transferrückschub.

Dr. Moldenhauer schlägt daher vor, daß Deutschland rechtzeitig an die anderen Nationen herantreten und ihnen eine neue Konferenz vorschlagen solle.

Die Vorbereitung einer solchen Aktion könne schon jetzt durch die Maßnahmen zur inneren Sanierung in Angriff genommen werden. Mit der Verabschiedung des Reichshaushalts sei ja schon ein Anfang gemacht worden, aber vor allem müsse die Arbeitslosenversicherung und -fürsorge einer durchgreifenden Reform unterzogen werden, damit man dem Auslande erklären könne, daß Deutschland das Seine getan habe. Bedauerlicherweise habe man bis heute nicht erfahren, wie sich die Reichsregierung zu der im Januar erfolgte

Anregung des Deutschen Industrie- und Handelslages
 stelle, welche die Einberufung eines Sachverständigenausschusses zur Prüfung der Revisionsfrage und Ausarbeitung von Vorschlägen gefordert habe. Notwendig sei vor allem eine systematische Bearbeitung der öffentlichen Meinung des Auslandes, vor allem in den Vereinigten Staaten. Dr. Moldenhauer schließt seinen Beitrag zur Revisionsfrage mit einem

Appell an die Reichsregierung:
 „Wir verlangen von der Reichsregierung in der Frage der Revision des Youngplanes äußerste Aktivität in der Vorbereitung und ein entschlossenes Handeln im Augenblick, in dem sie bei Überprüfung unserer inneren wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse und der Lage im Auslande den Augenblick für gekommen erachtet.“

Frankreichs rüstungsfreudige Sozialisten

Der deutschen Sozialdemokratie zur Beachtung

Paris, 2. Mai. Der Präsident des Auswärtigen Ausschusses der Kammer, Paul Boncour, hielt anlässlich des 1. Mai vor dem Grubenarbeiterkongress seines Wahlkreises eine Rede über die Frage der nationalen Verteidigung, die einer der Hauptpunkte der Tagesordnung der kommenden sozialistischen Parteitagung ist.

Paul Boncour betonte, es sei nicht möglich, das Versagen, wie „keine Landesverteidigung, keinen Mann und keinen Pfennig“ in der Partei Jaurès ausgesprochen würden.

Paul Boncour erinnerte an verstorbene Führer der Sozialistischen Partei, die trotz ihrer sozialistischen Ideen die Landesverteidigung als das Höchste darstellten, was sie an das Vaterland binde. Es sei eine Beleidigung der Würde der Arbeiterklassen, wenn man den Wert dieser Bande bestreiten wolle, der sie an das Vaterland selbst im gegenwärtigen Zustand knüpfte.

Paul Boncour schloß seine Ausführungen, indem er an die Arbeiter die Frage richtete, ob Europa schon so friedliebend geworden sei, daß man den Augenblick für gekommen erachtet sehen müsse, alle diese alteingesessenen Auffassungen zu ändern.

Bertragung der Flottenverhandlungen

Paris, 2. Mai. Der „Matin“ will im Zusammenhang mit der Rückkehr des französischen Flottenverhandlungsbeauftragten Raffalli nach Paris erfahren haben, daß die Verhandlungen erst nach der Genfer Ratstagung wieder aufgenommen würden. In französischen politischen Kreisen verspreche man sich im Augenblick nichts von einer Wiederaufnahme, sondern halte es für dringend notwendig, in Genf zunächst einmal einen persönlichen Meinungsaustrausch zwischen den Vertretern der drei Staaten herbeizuführen. Man begründet diese Notwendigkeit damit, daß es sich jetzt nicht so sehr um technische Fragen handle, als um ein allgemeines politisches Problem, namentlich hinsichtlich der französisch-italienischen Flottengleichheit.

Die italienische Note

Soll außer der mit London übereinstimmenden abnehmenden Haltung einen Rückblick auf die Vorgeschichte des Abkommens vom 1. März und eine persönliche Erklärung Mussolinis über die plötzlich aufgetauchte Meinungsverschiedenheit enthalten. Nach Abendung der französischen Antwort werde Raffalli noch einmal für kurze Zeit nach London fahren, um sich über den Eindruck in englischen und italienischen Konferenzkreisen zu unterrichten.

200 Flugzeuge bei den Manövern in Südfrankreich

Paris, 2. Mai. Nach einer Meldung des Sonderberichterstatters der „Liberté“ aus Marseille nehmen gegenwärtig an den Luftmanövern in Südfrankreich 200 Bomben-, Jagd- und Aufklärungsflugzeuge teil, die in Ajaccio, Berre und Martignane zusammengezogen sind. Die beteiligten Streitkräfte bestehen aus zwei Schlachtkraften, zwei Kreuzern, zwei Torpedobootzerstörern, sieben Torpedobooten sowie einigen U-Booten. Nach den bereits durchgeführten Vorkämpfen auf Marseille sollen am Freitag und Sonnabend Angriffe auf Toulon und das ganze Küstengebiet ausgeführt werden. Die Luftstreitkräfte stammen aus den Garnisonen Mèg, Lyon, Miedesbosen, Nancy und Chartres.

Präsident Hoover lehnt Schuldenminderung ab

New York, 2. Mai. Die gesamte Presse veröffentlicht am Vorabend der internationalen Handelskammerung über-einstimmende, offensichtlich von höchster Stelle inspirierte Berichte aus Washington, wonach Präsident Hoover und die amerikanische Regierung trotz des voraussetzlichen Versuches europäischer und amerikanischer Delegierter, auf der Tagung das Schuldenproblem auszurollen, ihren alten ablehnenden Standpunkt bezüglich einer Schuldenreduzierung und eines Moratoriums beibehalten würden. Die „New York Times“ schreibt, Hoover, der bereits heute an seiner Rede arbeite, die er am Montag auf der Handelskammerung halten wolle, sehe den Verhandlungen als Privatmann mit größtem Interesse entgegen, beabsichtige aber, offiziell den Standpunkt des Präsidenten Coolidge beizubehalten, der das Schuldennproblem als erledigt betrachte habe. Hoover wird sich in seiner Rede voraussichtlich ausschließlich mit dem Dantederliegen der Weltwirtschaft befassen und das Schuldennproblem gänzlich außer Acht lassen.

Hilfer und Stennes als Zeugen geladen

Berlin, 2. Mai. In dem Prosch gegen die Nationalsozialisten Stie und Genossen wegen des Schieberfalls im Tanypalaft „Edeu“ beschloß das Schwurgericht III heute auf Antrag des Verteidigers Becker und des Vertreters des Nebenklägers, Dr. Vitten, als weitere Zeugen Adolf Hilfer aus München, sowie Hauptmann Stennes und den früheren, jetzt zu der Stennes-Gruppe gehörenden Oberführer des „Leuts Berlin, Weigel, als Zeugen zu vernehmen und diese drei Zeugen zum Mittwoch früh zu laden.

Wieder Neuschnee auf dem Riesengebirge

Girschberg, 2. Mai. Der Mai-Anfang brachte dem Riesengebirge Schnee und Kälte. So wurden gestern morgen auf der Schneefolge 4 Grad minus gemessen. In den letzten Tagen hat es im Hochgebirge noch hart geschneit. Im ganzen dürften in den letzten Tagen im Hochgebirge etwa 30 Zentimeter Neuschnee gefallen sein. Die Schneehöhe beträgt auf der Koppe 1,25 Meter und auf dem Ramm durchschnittlich noch zwei Meter.

Bodenseeferfahrt des „Graf Zepplin“

Friedrichshafen, 2. Mai. Unter Führung von Kapitän Lehmann stieg heute früh 4,30 Uhr das Luftschiff „Graf Zepplin“ zu einer Fahrt über dem Bodensee auf. In der Endauer Nacht wurden vom Luftschiff aus Luftaufnahmen des dort kreuzenden Motorschiffes „Kempfen“ gemacht, die im Auftrag der Reichsbahnleitung für den Berg ausgeführt wurden. An der Fahrt nahm u. a. Staatssekretär Dr. Frank teil. Die Landung erfolgte um 8,15 Uhr.

Das Explosionsunglück in Rio de Janeiro

London, 2. Mai. Zu der Explosion in der Torpedowerkstatt in Rio de Janeiro meldet ein Bericht der „Daily Mail“, daß bisher aus den Trümmern 45 Leichen geborgen seien, von denen 33 identifiziert werden konnten. Trotzdem werden noch viele Personen vermisst. Ein Motorboot, das die Werkstatt gerade im Augenblick der Explosion passierte, ist spurlos verschwunden. Seine beiden Insassen wurden jetzt in einem Krankenhaus in Rio de Janeiro wieder aufgefunden, ohne daß sie wissen, wie sie dorthin gekommen sind.

„Figaro“ zur Kandidatur Briands

Paris, 2. Mai. Die „Figaro“ behauptet, habe sich die Einleitung des Kabinetts Laval in der Frage der Präsidentschaftswahlen in den letzten Tagen zu ungunsten Briands verschoben. Es sei — seinen Augenblick lang — Laval's Plan gewesen, die Kandidatur „des Mannes von Vocarno“ zu lancieren, indem Tardieu die Nachfolge Briands im Außenministerium übernehme. Aber man kenne ja die Erklärung Tardieu's in Toulouse, daß er ablehnen würde, wenn ihm in den kommenden Wochen ein anderes Portefeuille als das Landwirtschaftsministerium angeboten werden würde. Vertrauten Freunden gegenüber soll er sich, wie „Figaro“ erklärt, noch etwas derber geäußert haben. Briand, der nur Kandidat sein werde, wenn er die Gewißheit habe, daß er durch einen Politiker ersetzt werde, den er billige, suche jetzt nach einem anderen Nachfolger.

Blutiger Kampf um Wästenquellen

London, 2. Mai. Bei einem Kampfe um die Quellen wurden im Steppengebiet Südsyriens 8 vom Durst geplagte Menschen getötet und verwundet. Infolge des außer-gewöhnlich geringen Regensfalls während des Winters sind viele Quellen in dem Steppengebiet Südsyriens und Zentralarabiens ausgetrocknet, so daß die Beduinen und andere Stämme mit ihren Herden nach den großen Quellen ziehen müssen, die noch Wasser enthalten. Der Kampf entstand, als bei einer Quelle zwei verschiedene Stämme zur gleichen Zeit eintrafen und sich auf die Wasservorräte stürzten. Die Nachrichten hierüber stammen von den Reisenden, die aus dem südlichen Irak im Automobil nach Damaskus fuhren.

Die Araber gegen die Zusammenfassung Ostafrikas

London, 2. Mai. Bei den Verhandlungen des parlamentarischen Komitees für die Vereinigung Ostafrikas erhoben zwei arabische Vertreter der Kenya-Kolonie bittere Klagen gegen die englischen Verwaltungsmethoden und erste Einwendungen gegen die Zusammenfassung von Kenya, Uganda und dem Mandate Tanganjika zu einem ostafrikanischen Reich. Seit dem Beginn der englischen Herrschaft sei so gut wie nichts für die industrielle Entwicklung an der Küste getan worden. Wäher habe man auch noch nicht versucht, die Küste für die Entwicklung der angrenzenden Gebiete auszunutzen.

In einer Denkschrift wiesen die Araber darauf hin, daß sie die ältesten Koloniatoren seien, da sie bereits im Jahre 681 nach Ostafrika gekommen seien. Alle ihre Vorschläge zur Erziehung von Schulen und zur Verbesserung der Erziehung hätten taube Ohren gefunden. Die Rechte der arabischen Minderheit seien nicht geschützt. Die Verhältnisse in den Küstengebieten wären so verschoben, daß eine Zusammenfassung der drei ostafrikanischen Länder nicht erwünscht sei. Die Araber seien auch gegen die Ernennung eines Oberkommissars für ganz Ostafrika.

Stuhlwurmpilz. Nach den an den Kliniken für innere Krankheiten gesammelten Erfahrungen ist das natürliche „Franz-Josef“ in Bitterwasser äußerst wohlweisliches Abführmittel. In Apotheken 8

Sonntag
 Das Deutsc
 Sehn Ja
 schließens in
 Staat für d
 Landes zu V
 ausgeführt h
 Militärdienst
 ihrer Schulz
 gerade in d
 unter voln
 Tagen aus
 Wenn die
 reichen sch
 reden und
 fügen, der
 sind sie das
 kümmern si
 um kein au
 frei und
 Tagen un
 in dentis
 Das war
 dessen Fort
 Zug sich en
 verteidiger
 donnerien
 „Deutsc
 Die hart
 hatte auch
 dem gleich
 Gesang nach
 Garnisonen
 weitere Jah
 steht auf p
 Meisende.
 Lougre
 wollten, ent
 Schlägerei,
 darunter v
 ringen. Al
 angeführt w
 der nächste
 wird die de
 Hingen, we
 der polon
 konnten. S
 Soldatenro
 schreien: W
 Gefinnung
 Land un
 Eine a
 ist die gro
 gebtens wa
 Nordameri
 waren ein
 meinde Wol
 wurde von
 Estam
 zwischen p
 die ihm un
 Strohst
 Dokument
 Verionen,
 Anspruch
 Die bei
 Erbschaft
 nannten
 zwischen
 immer
 Als diese
 glaube man
 zu haben,
 hier oder
 sonatlich de
 Häufigung
 hoben un
 wurden.
 staltfinden.
 Ru
 Bortre
 Der g
 Eänger in
 einem Ha
 stärkte sic
 haus. Sie
 lledes, bet
 Stimmung
 Mittel ein
 Ich ist si
 Standpunk
 bedingt hor
 Am bel
 Geimat,
 angeben un
 Landshaft
 vermeint
 Volkes bef
 Ursprüngl
 als irgend
 weisen frei
 schändlich.
 Pieder un
 schwedisc
 national
 Einen
 Marofo
 Careu“ du
 Abteilun
 rechtmäßig
 die parodi
 vorzutran
 altran
 Vledensw
 folgten
 (1890) und
 Schluß die
 Alles
 die betref
 sämtlicher
 im Wort
 sekte. —
 geschmadv